

(Zeichen 35.929)

Abschrift aus dem Kursbuch 56 (unser Rechtsstaat vom Juni 1979
(Seite 1- 14)

**Unentwegter Versuch, einem New Yorker Publikum die Geheimnisse
der deutschen Demokratie zu erklären**

(Von Hans Magnus Enzensberger)

Sie wundern sich, meine Damen und Herren, über manches, was ihnen aus Deutschland in der letzten Zeit zu Ohren gekommen ist; und weil Sie gerne wüßten, was es mit Freiheit und sozialer Kontrolle, mit demokratischem Rechtsstaat und polizeilicher Repression in jenem Teil der Welt auf sich hat, darum haben Sie mich eingeladen. Ich bin Ihnen für das Interesse, das Sie an unseren Zuständen nehmen, dankbar; denn je mehr Sorgen Sie sich deswegen machen, desto besser. Die Bundesrepublik ist auf Amerika angewiesen. Schließlich sind wir ein Protektorat der Vereinigten Staaten, auch wenn es nicht zu guten Ton gehört, diesen Sachverhalt offen auszusprechen. Ein einziges kritisches Wort, das hier in New York geäußert wird, fällt aus diesem Grund in Bonn mehr ins Gewicht als eine Sammlung von zwanzigtausend Unterschriften in Niedersachsen oder West-Berlin.

Ich würde Ihnen also gern die bündige Auskunft geben, die Sie verlangen. Leider ist das nicht so einfach. Das, was ich Ihnen erklären soll, ist mir selber nicht sonderlich klar.

Wenn Sie in Hamburg oder München aus dem Flugzeug steigen, werden Sie feststellen, daß die deutsche Gesellschaft, fünfunddreißig Jahre nach dem Ende der Nazi-Herrschaft, einen durchaus zivilisierten Eindruck macht. Sie brauchen im allgemeinen nicht zu befürchten, daß man sie anbrüllt. In den Finanzämtern und den Sparkassen werden sie langhaarige, lässig gekleidete junge Leute antreffen, ganz wie in New York und anderswo. Niemand steht stramm. Eine gewissen Höflichkeit macht sich breit. Die Offiziere der Bundeswehr sehen nicht so aus, als ob sie Erich von Stroheim hießen. In den Amtsstuben wird man Ihnen, wenn sie nicht grade Türke oder Kommunist sind — und zuweilen selbst dann — mit gemächlichem Biedersinn begegnen. Die deutsche Demokratie, werden sie vielleicht sagen, ist ein Erfolg; und in dieser Meinung werden Sie sich bestärkt sehen, wenn Sie unsere Verfassung lesen. Es handelt sich nämlich um eine ganz ausgezeichnete Verfassung, und sie ist keineswegs toter Buchstabe, im Gegenteil, um ihren Schutz, um ihre Einhaltung, um ihre Verwirklichung wird von allen Seiten geradezu wütend gekämpft. Die Zeitungen und die Reden der Politiker sind voll davon, das Wort *Verfassung* ist eine der häufigsten deutschen Vokabeln. Sie wissen vielleicht, daß unsere Sprache zu Zusammensetzungen neigt; und so ist auch unsere Konstitution die mannigfaltigsten Wortverbindungen eingegangen.

Man spricht bei uns fortwährend von Verfassungsschutz, Verfassungstreue, Verfassungsklagen, Verfassungsfeinde, Verfassungsmäßigkeit, Verfassungswidrigkeit. Soviel Eifer wird sie vielleicht wundern, und sie

werden sich fragen, seit wann den Deutschen die Demokratie derart am Herzen liege. Nun, abgesehen von vereinzelt, tapferen, aber rasch vereitelten Versuchen, sie im neunzehnten Jahrhundert durchzusetzen, hat unser Land nicht viel Erfahrung mit dieser Staatsform. Die Weimarer Republik hat nur vierzehn Jahre lang existiert, und wie prekär dieses kurze Leben war, das hat sich herumgesprochen. Unser heutiges Grundgesetz ist unter dem Besatzungsregime der alliierten Siegermächte zustandegekommen; boshafte Leute haben sogar behauptet, die Demokratie sei von den Westmächten als Strafe für den verlorenen Krieg über die Deutschen verhängt worden.

Dieser Druck von außen kann aber nicht erklären, warum sie sich im Lauf der letzten Jahrzehnte durchgesetzt hat, und warum sie den Westdeutschen zur lieben Gewohnheit geworden ist. Neben den erwähnten Vorläufern spielen dabei wohl die starken föderalistischen Traditionen Deutschlands eine Rolle. Vor allem aber haben die politischen und ökonomischen Bedingungen der Wiederaufbauperiode das Wachstum der Demokratie befördert: die Bundesrepublik brauchte breitgestreute, dezentrale Initiativen, Integration mit Westeuropa, Eingliederung in den Weltmarkt, Zerstreung des Faschismus-Verdachts, Mobilität und ungehinderten Informationsfluß. Unter dem Druck der äußeren und inneren Gegebenheiten muß der Obrigkeitsstaat alter Prägung zurückweichen.

Wer einem Kind ein Spielzeug schenkt und nach einer Weile versucht, es ihm wieder wegzunehmen, der wird sich auf überraschend heftigen Widerstand gefasst machen müssen. So ergeht es heute manchen deutschen Politikern, ja sogar noch ärger; denn jener erhebliche Teil der Bevölkerung, der sich jahrzehntelang von den Vorzügen der Demokratie hat überzeugen können, betrachtet sie keineswegs als Spielsache, und er begnügt sich auch nicht mit der bloßen Verteidigung seiner Rechte. In den sechziger Jahren gab es bei uns so etwas wie eine demokratische Offensive, ja es kam soweit, daß sich ein westdeutscher Regierungschef zu dem programmatischen Satz hinreißen ließ, nun gelte es, »mehr Demokratie zu wagen«.

Wenn Sie dagegen heute unsere Zeitungen lesen, dann greifen Sie sich an den Kopf. Es vergeht kein Tag ohne einen haarsträubenden Übergriff der Ämter, ohne ein skandalöses Gerichtsurteil, ohne eine Schikane der Polizei; und in unserem Fernsehen können Sie Politiker sehen und hören, denen nicht nur die Freiheit, sondern schon der Gedanke daran unerträglich, ja unverständlich ist, sie legen sogar Wert darauf, diese Haltung in Reden und Interviews zu Protokoll zu geben. Nun werden Sie sich fragen: Was denn nun? Wie reimt sich das alles zusammen? Eine nur allzu berechtigte Frage, die ich mir jeden Tag stelle. Vorläufig wird aus diesen Widersprüchen nur eines klar. Wer sich oder andern die Bundesrepublik erklären will, befindet sich in einer kognitiven Klemme. [kognitiv = die Erkenntnis betreffend — Duden Fremdwörterbuch]. Was aber tut ein Intellektueller in einem solchen Fall? Er versucht, eine Theorie zu entwerfen oder wenigstens eine Hypothese zu bilden. Dazu

muß er allerdings eine Voraussetzung machen, die sich nicht ganz von selbst versteht. Er muß nämlich so tun, als hätte der gesellschaftliche Zustand, der zu erklären ist, sozusagen Hand und Fuß, als wäre er nicht irrsinnig. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie riskant eine solche Annahme ist. Ich will sie dennoch machen, aber nur *for the sake of argument*, [Suchmaschine: aus Gründen der Argumentation] spaßeshalber sozusagen, und ohne rechte Überzeugung. Auch abgesehen von dieser prinzipiellen Schwierigkeit ist das Thema, das Sie mir gestellt haben, enorm, ja geradezu unförmig. Erlauben Sie mir daher, es soweit zu präparieren, daß ich nicht ganz davon erdrückt werde.

Zwei Einschränkungen sind dazu nötig. Die erste hat mit der Teilung Deutschlands zu tun. Über die Zustände in der östlichen Hälfte des Landes kann und will ich nicht berichten. Das scheint mir in unserem Zusammenhang auch überflüssig zu sein; denn die Deutsche Demokratische Republik ist kein demokratischer Staat. Sie hat ihren Einwohnern die bürgerlichen Rechte und Freiheiten, die hier zur Debatte stehen, von Anfang an konsequent versagt. Die seit der Gründung der DDR herrschende Regierungspartei hat daran nie den geringsten Zweifel gelassen.

Zwar besitzt der ostdeutsche Staat eine geschriebene Verfassung; auch inszeniert er in regelmäßigen Abständen gewisse demokratische Rituale, wie allgemeine Wahlen und feierliche Sitzungen der Volkskammer, einer Institution, die gewissermaßen die Schwundform eines Parlaments darstellt; wie wenig aber die Existenz solcher Urkunden und Veranstaltungen besagt, dafür haben uns, neben vielen anderen, Papa Doc Duvalier und Reza Pahlevi einleuchtende Beispiele gegeben. Ein derartiges Dekor täuscht niemand. Das ist offenbar auch gar nicht Zweck der Übung. Wenn die Ostdeutschen mit ihrer Verfassung überhaupt einen Zweck verfolgen, so ist er mir bisher entgangen.

Meine Freunde in Ost-Berlin behaupten, es handle sich um eine Art Schwarzen Humors, an dem das Regime sich auf ihre Kosten wärme. Das möchte ich bezweifeln; denn in einem Land pflegt man entweder die Macht oder Humor zu haben, auf keinen Fall jedoch beides zugleich. Ich will mit diesen Bemerkungen keineswegs sagen, in Ostdeutschland herrsche die schiere Willkür. Das Gegenteil ist der Fall. Die Gesellschaft der DDR zeichnet sich durch ein Höchstmaß sorgfältiger Regulierung aus. Ein feinverzweigtes Netz von Maßregeln, Vorschriften und Bestimmungen schützt die Bevölkerung vor sozialen und ökonomischen Risiken; zugleich und vor allem sorgt es dafür, daß fundamentale demokratische Rechte, wie das der Freizügigkeit, der Koalitions- und Pressefreiheit, mit minutiöser Gründlichkeit aus der Welt geschafft sind und bleiben.

Das alles ist jedem Deutschen, so dumm und ahnungslos er sonst sein mag, wohl bekannt, und es wäre überflüssig, darüber auch nur ein Wort zu verlieren, wenn es nicht Leute bei uns gäbe, die einerseits ausgesprochene Anhänger der DDR sind, andererseits jedoch einen

eigentümlich Eifer an den Tag legen, wenn es darum geht, gegen den »Abbau demokratischer Rechte« in Westdeutschland zu kämpfen. Diese Leute bieten einen unerfreulichen Anblick. Ich jedenfalls finde ihre Haltung theoretisch inkonsistent [Duden = a) keinen Bestand habend, b) widersprüchlich] und moralisch unerträglich.

Ich werde mich also auf die Bundesrepublik Deutschland beschränken. Aber auch, was dieses Land betrifft, in dem ich zuhause bin, dürfen Sie nicht zu viel von mir verlangen. Die amerikanischen Medien, allen voran die *New York Times*, haben Sie in den letzten zehn Jahren ziemlich konsequent mit Nachrichten über die Rückschläge verschont, welche die Demokratie bei uns in dieser Zeit erlitten hat. Vielleicht wollten sie das herzliche Einvernehmen zwischen den Regierungen unserer Länder nicht stören. Ich wüßte nicht, wie ich es anfangen sollte, das Versäumte in einer halben Stunde nachzuholen.

Das Beschwerdebuch, aus dem ich vorlesen müßte, wäre zu dick dazu. Außerdem könnte jedermann, egal aus welcher Gegend der Welt er kommt, solche Rosenkränze der Empörung herbeten; Sie als Amerikaner haben darin Übung genug. Das Ergebnis einer solchen Vorlesung käme Ihnen bekannt vor. Viel Aussagekraft hätte es nicht. Ich möchte daher etwas anderes versuchen. Ich möchte, so gut ich kann, den erbitterten öffentlichen Streit für sie rekapitulieren, [wiederholen] der seit einigen Jahren in Westdeutschland über unser Thema geführt wird.

Zuerst stelle ich Ihnen kurz die beiden Parteien vor, die ihn austragen. Auf der einen Seite eine buntscheckige Koalition von Leuten, denen die zunehmende staatliche Repression nicht passt: alte Antifaschisten, die aus den Schrecken der deutschen Geschichte gründliche Nutzanwendungen gezogen haben; Liberale, die ihre Überzeugung ernster nehmen, als das bei Liberalen üblich ist; Gewerkschafter, deren Politik sich nicht im Verteilungskampf erschöpft; christliche Gruppen, die aus Gewissensgründen gegen die Anmaßungen der Staatsgewalt protestieren, vor allem aber eine Reihe von endlos zersplitterten »Bewegungen«, die allesamt aus der antiautoritären Bewegung von 1967/68 hervorgegangen sind (vor allem Frauen, Ökologen, alte Neue und neue Neue Linke, sowie eine ziemlich amorphe Masse von Jugendlichen, die sich von der öffentlichen Lüge angewidert und achselzuckend abgewandt haben) — alles in allem eine millionenstarke Minderheit, die, genau wie in den Vereinigten Staaten, ein unübersichtliches Patchwork der Opposition bildet.

Obwohl sie weder von einer Theorie noch von einer Organisation zusammengehalten wird, ja vielleicht gerade deshalb, fürchten die Politiker sie wie der Teufel das Weihwasser; denn diese Minderheit ist lautstark, hartnäckig und schwer aufs Kreuz zu legen, und ich glaube nicht, daß es ein Mittel gibt, um sie in absehbarer Zeit zum Schweigen zu bringen.

Auf der anderen Seite werden Sie jene Kräfte finden, die man bei uns »staatserhaltend« nennt und die sich selber dafür halten, obgleich sie bisher ein deutsches Staatswesen nach dem anderen ruiniert haben. Zu diesen Kräften gehört der überwiegende Teil unserer politischen Klasse, also die Kader, welche die parlamentarischen Parteien und den Staatsapparat beherrschen.

Bei einer solchen Rollenverteilung ist es kein Wunder, daß der Streit zwar wütend und schonungslos ausgetragen wird, aber mit Argumenten von lähmender Monotonie. Die rasende Modernisierung Deutschlands hat vor der politischen Sphäre Halt gemacht; hier sehen wir uns nach wie vor in Konflikte verwickelt, die aus dem Jahr 1848 stammen. Das ist ja gerade das Öde und Anachronistische an unseren Kämpfen, daß sie so geführt werden müssen, als stünde uns die bürgerliche Revolution noch bevor, obwohl die militante Bourgeoisie, die dazu nötig wäre, längst nicht mehr existiert.

Also gut, ich rekapituliere [wiederhole]. Zuerst, was die einen sagen. Seit 1968, sagen sie, hat der Rechtsstaat in Westdeutschland immer mehr an Boden verloren. Auf den Schock der Studentenbewegung und auf die Krisenzeichen der Ökonomie haben die Parteien und Regierungen, die Gerichte und Großunternehmen mit einer massiven Rollback-Operation reagiert, die auf das alte Arsenal rechter, wenn nicht faschistischer Ideologien zurückgreift. Die verfassungsmäßig garantierten demokratischen Freiheiten werden langsam aber sicher liquidiert, und der Zeitpunkt rückt immer näher, wo wir wieder bei den widerwärtigen Zuständen angelangt sind, die wir aus unserer Geschichte kennen: beim Obrigkeitsstaat, bei der blinden Autoritätshörigkeit, bei der Verfolgung von Minoritäten, bei der allgemeinen gesellschaftlichen Regression. [langsamer Rückzug].

Schon jetzt haben wir die Praxis der Berufsverbote vor Augen, sagen sie, den Entwurf eines Polizeigesetzes, der die Hinrichtung auf offener Straße als »finalen Rettungsschuß« legalisiert; die Lauschangriffe und Provokationen der Geheimdienste, die Einschüchterung und Behinderung von Strafverteidigern; und die direkte und indirekte Zensur in den Schulen, den Universitäten und den Medien.

Ach was! Absoluter Unsinn! Verleumdung der Bundesrepublik! ruft die andere Seite, rufen Bundesregierung, Leitartikler, Staatsanwälte. Die westdeutsche Gesellschaft, sagen sie, ist, bei all ihren Mängeln, demokratischer, freier und toleranter als jede frühere, die auf dem Boden unseres Landes existiert hat.

Offene und unverblünte Kritik an jedem Zeitungskiosk; Marx und Engels an den Universitäten nach Herzenslust, Reisen ad libitum [Optional] in alle Welt; aufgeklärte Lehrer und Schüler, Eltern und Kinder; Information dem, der sie haben will; Subventionen für Künstler die am status quo [Der Status quo-Gegenwärtiger Zustand] nagen; und Reformen, Reformen, Reformen.

Wie viele Nationen, so fragen sie, gibt es heute auf der Welt, die einen vergleichbaren Grad demokratischer Reife aufzuweisen hätten? Die Liste, antworten sie, wäre kurz. Man würde die Niederlande auf ihr finden, Großbritannien (aber nicht Irland), ein paar skandinavische Länder und allenfalls die USA . . . Allerdings, sagen sie, gewisse Maßnahmen haben wir leider ergreifen müssen, um diesen vorbildlichen Zustand aufrechtzuerhalten; aber dafür verdienen wir nicht getadelt, sondern gelobt zu werden. In der Bundesrepublik sind wenigstens 4000 Agenten aus der DDR am Werk, ferner eine unbekannte Zahl von Terroristen, die es erklärtermaßen darauf abgesehen haben, unsere Demokratie mit allen Mitteln zu zerstören. Die überwältigende Mehrheit unter unsern Mitbürgern, sagen sie, erwartet und verlangt von uns, daß wir die Bundesrepublik vor diesen Angriffen und Gefahren schützen.

Die beiden Plädoyers, [zusammenfassende Rede] die ich Ihnen nur auszugsweise vorgetragen haben, sind wunderbar triftig und einleuchtend. Es ist sogar ihr größter Vorzug, das sie so leicht verständlich sind. Sie werden sich vielleicht wundern, wenn ich Ihnen sage, daß ich mich für keins von beiden entscheiden kann.

Ich erkenne in diesen holzgeschnitzten, handkolorierten Bildchen die Wirklichkeit eines Landes nicht wieder, in dem es von den absurdesten Widersprüchen wimmelt. Zugegeben, von meiner Lebenserfahrung und von meinem Temperament her neige ich ganz zur Seite der Demokratie, und das heißt in Deutschland seit jeher, zur Seite der radikalen Opposition.

Einige Haussuchungen habe ich immerhin erlebt, mein Telefon ist monate-, wenn nicht jahrelang abgehört worden, und Ende der sechziger, Anfang der siebziger lernte ich die Herren in Zivil, die in einem kleinen schwarzen Volkswagen vor meinem Haus saßen, so gut kennen, daß ich oft versucht war, sie um Feuer zu bitten, wenn mir die Zündhölzer ausgingen.

Ich erwähne das nur, damit Sie mich nicht für einen naiven Liberalen halten, wenn ich Ihnen gestehe, daß ich mich zwar so gut wie jeden Tag über die deutschen Spezialitäten ärgere, daß ich aber keine Angst habe. Ich fühle mich nicht bedroht. Ich sehe keinen Grund zur Panik. Ich bin bisher wegen keiner Publikation vor Gericht gestellt worden.

Das westdeutsche Fernsehen verzichtet zwar im allgemeinen auf meine Mitarbeit, läßt mich aber gelegentlich in einem Interview zu Wort kommen. Zehn Jahre lang habe ich eine Zeitschrift herausgegeben, deren Inhalt mich und alle andern Beteiligten unter politischen Umständen, wie sie in Deutschland jahrhundertlang als normal galten, unweigerlich in den Knast gebracht hätte.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1965 ist sie nur einmal vor Gericht belangt worden (Geldstrafe). Nicht ein einziges Heft wurde bisher beschlagnahmt. Das könnte natürlich daran liegen, daß man diese

Zeitschrift für harmlos hält. Oder wir haben einfach Glück gehabt. Ich weiß von ziemlich vielen Redakteuren, Autoren und Druckern, denen es anders ergangen ist; manche von ihnen sitzen heute noch.

Auch möchte ich nicht verschweigen, daß eine Arbeit wie die unsrige unangenehme Überraschungen zur Folge haben kann. Vor mehreren Jahren haben wir eine Nummer veröffentlicht, deren Hauptthema die Lage der politischen Gefangenen in der Bundesrepublik war. Kurz nach der Auslieferung ereignete sich ein Zwischenfall. mein Mitherausgeber Karl Markus Michel saß eines Abends zu Hause am Schreibtisch, als es heftig an der Tür klingelte. Michel öffnete und sah sich einer Gruppe von Schlägern gegenüber, die ihn aufforderten, das Heft sofort aus dem Verkehr zu ziehen; sie verlangten ferner, daß die Redaktion eine Geldstrafe bezahle. Sie drohten Michel damit, seine Wohnung zu demolieren und ihn zusammenzuschlagen, zogen aber nach einer Weile unverrichteter Dinge wieder ab. Wie sich bei der Auseinandersetzung herausstellte, betrachteten sich diese Leute als Sympathisanten der Roten Armee Fraktion.

Zwei Jahre später wurde Michel — wer beschreibt sein Erstaunen! — eines Morgens gegen sechs Uhr durch ein ungewöhnliches Geräusch geweckt: Jemand war dabei, seine Wohnungstür aufzubrechen. Sekunden später hatten vier Männer sein Bett umstellt, und Michel sah die Läufe ihrer Maschinenpistolen auf sich gerichtet. Im Gegensatz zu einem Schotten namens MacLeod, der damals in Stuttgart lebte, aber für das Leben in Deutschland offenbar zu schwache Nerven hatte — er wurde von Geheimpolizisten, die ihn fälschlich für einen Terroristen hielten, durch die Tür seiner Wohnung erschossen, weil er sich weigerte zu öffnen —, war Michel geistesgegenwärtig genug, keine Miene zu verziehen.

Die Herren teilten ihm schließlich mit, daß sie der Sicherungsgruppe Bonn angehörten, einer Teilmenge des Bundeskriminalamtes, und machten sich daran, seine Wohnung zu durchsuchen, wobei sie jedes einzelne Buch in Michels Bibliothek einzeln durchblättern, bei rund neuntausend Bänden eine stattliche Leistung.

Der Gesprächston, den die Besucher anschlügen, war betont korrekt und nahm mit der Zeit geradezu etwas Bemühtes an, sie entschuldigten sich: die Wohnungstür sei fast von allein aufgegangen. Seine Frau allerdings wurde — so wie mehrere andere Frankfurter Bürgerinnen — im Rahmen jener Aktion, die sich Winterreise nannte, wegen des Verdachts der Gründung bzw. Unterstützung einer Kriminellen Vereinigung (§ 219 StGB) verhaftet und wochenlang festgehalten. Ein Prozeß wurde ihr nicht gemacht. Dafür wiederholte sich nach eineinhalb Jahren der Besuch der Herren vom BKA: erneuter Einbruch in die Wohnung und Durchsuchung. Nach vier Jahren endlich wurde das Verfahren wegen § 219 stillschweigend eingestellt. Diese Geschichte ist so wenig einzigartig, daß die meisten deutschen Zeitungen es nicht für nötig hielten, darüber zu berichten.

In den Jahren, die seitdem vergangen sind, haben weder Michel noch seine Frau irgendwelchen Ärger mit der Polizei gehabt. Sie setzten einfach ihre Arbeit fort, als wäre nichts weiter passiert; und es ist nichts weiter passiert.

Der Innenminister, der für den Einbruch in Michels Wohnung verantwortlich war, er heißt Maihofer, mußte später wegen einer allzu flagranten Verletzung der Verfassung seinen Hut nehmen. Er gehörte übrigens der Freien Demokratischen Partei an, die von sich behauptet, sie sei die Hüterin des Liberalismus in unserem Lande.

Neulich las ich, daß sich Herr Maihofer um eine Professur an der Universität Konstanz beworben hat. Er wird dort vermutlich Vorlesungen über den demokratischen Rechtsstaat halten und ab und zu auf dem Campus Karl Markus Michel begegnen, der öfters nach Konstanz fährt, um dort Gespräche mit Mitarbeitern unserer Zeitschrift zu führen.

Herr Baum, der Herrn Maihofer als Innenminister abgelöst hat, war unlängst so freundlich, mich zu einem Abendessen in Bonn einzuladen. Vermutlich war dem Minister mein Polizeidossier nicht bekannt.

Auch ich habe bisher keine Gelegenheit gehabt, es zu lesen, aber with a little help of my friends, wie es in dem Liede heißt, habe ich erfahren, daß es erstaunlich umfangreich sein soll. Meine Freunde, die es studiert haben, sind zu dem Schluß gekommen, daß sich die politische Polizei einer Reihe von Täuschungen hingibt, die mich betreffen. Keiner dieser Irrtümer scheint indessen lebensgefährlich zu sein.

Ich möchte nun nicht behaupten, daß sich die Geschichten, die ich Ihnen erzählt habe, ohne weiteres verallgemeinern ließen; aber eines geht, glaube ich, aus ihnen doch hervor. Die politische Realität, mit der wir es hier zu tun haben, ist offenbar ein Kuddelmuddel.

Was in den Köpfen jener Leute vorgeht, die Westdeutschland regieren, das zu ermitteln ist eine kaum lösbare Aufgabe. Man hat den Eindruck, daß sie ziemlich durcheinander sind. Ich habe diesem Problem einiges Nachdenken gewidmet, und wenn ich auch nicht behaupten kann, eine Lösung gefunden zu haben — ich bezweifle, daß eine solche Lösung überhaupt existiert —, so möchte ich doch eine Hypothese riskieren und zur Diskussion stellen, in der Hoffnung, ein wenig Licht in die Geheimnisse zu bringen, von denen wir umgeben sind.

Ich behaupte also, daß in der Bundesrepublik zwei historisch und strukturell durchaus verschiedene Systeme der Repression nebeneinander her existieren; daß jedes dieser Systeme seine eigene Logik hat; und daß diese Logiken miteinander nicht vereinbar sind; gemeinsam ist ihnen nur die Wahnidee der perfekten »Inneren Sicherheit«.

Das erste System der Unterdrückung haben wir von unsern Vorfahren geerbt, eine Hinterlassenschaft, um die uns kaum jemand beneiden dürfte. Seine Anfänge liegen im frühen 19. Jahrhundert; Metternich und Bismarck waren seine ersten Meister; Hitler hat es zu seiner monströsen Blüte gebracht; Adenauer hat aus den Trümmern gerettet, was zu retten war. Seine politische Grundlage war der Obrigkeitsstaat, seine außenpolitische Entsprechung die imperialistische Expansion mit militärischen Mitteln. In der Nachkriegszeit hat es an Prestige verloren, aber seine Anhänger, die sämtlich der extremen Rechten zuzurechnen sind, verteidigen des mit bulldozerhafter Beharrlichkeit.

Das zweite System der Überwachung und der Repression ist dagegen ein genuines [Fremdwörterbuch: genuines = a) echt b) unverfälscht c) naturgemäß d) rein] Produkt der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Es ist auf die historisch neuen Bedürfnisse der Bundesrepublik zugeschnitten. Seine innenpolitische Basis ist die Integration der Arbeiterklasse durch Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat, seine außenpolitische Entsprechung die Offensive der deutschen Exportwirtschaft auf dem Weltmarkt.

Das ältere System war tief in der Sonderentwicklung unseres Landes verwurzelt und trug durchaus chauvinistische Züge; das neuere ist durchaus international gesinnt und ungefähr so urdeutsch wie die IBM. Ich kann mich noch gut an die politische Polizei erinnern, mit der wir es 1968 zu tun hatten. Die Beamten waren von einer unglaublichen Ignoranz. Sie hatten keine Ahnung von der Geschichte der Arbeiterbewegung und bildeten sich allen Ernstes ein, wer demonstriere, sei »von Moskau bezahlt«.

Viele von ihnen litten an einem ausgeprägten Waffen-Fetischismus; eine obskure Mischung von Angst, Ressentiment, Vorurteil und Paranoia machte ihre unbewußte Antriebsenergie aus. An ihren eigenen Wahnvorstellungen, die sie ihre Weltanschauung zu nennen pflegten, hingen sie mit einer Art von Leidenschaft. Es waren viele Rassisten unter ihnen. Aus ihren Äußerungen konnte man schließen, daß sie Ausländer, Juden, Kommunisten, Langhaarige, Schwule, Künstler und Intellektuelle verabscheuten.

Auf kritische Argumente, gleich welcher Art, reagierten sie mit Verblüffung und ungläubiger Wut. Ihre Vorstellungen von der Wirklichkeit außerhalb ihrer Büros waren nebelhaft, und ihre Denkweise trug eher symbolische als analytische Züge. Insofern nimmt es nicht Wunder, daß die Operationen dieser Ordnungshüter selten von Erfolg gekrönt waren. Sie neigten von ihrer ganz inneren Struktur her zu Überreaktion, und ihre Public Relations waren so verheerend, daß sich die Regierung wegen der nachteiligen Auswirkungen auf die öffentliche Meinung im Ausland Sorgen machen mußte.

Diese Sorte von Staatsdienern ist, was man bedauern mag, bis auf den heutigen Tag nicht ausgestorben. Die hergebrachten Formen der

Repression mögen veraltet sein, doch gibt es in unserm politischen Establishment einen Flügel, der sie entschlossen verteidigt; in der Hauptsache ist das der rechte Flügel der CDU/CSU, vertreten durch Leute wie Dr. Strauß, Dr. Stoltenberg und Dr. Filbinger. Sollten sie von diesen Personen nie gehört haben, umso besser für Sie.

Nun zu den fortschrittlicheren Experten der Kontrolle und der Repression, wie wir ihnen neuerdings immer häufiger begegnen. Sie gehören dem technokratischen Typus an, haben fast immer ein Hochschulstudium hinter sich und verfügen meist über ein ziemlich differenziertes Weltbild. Manche unter ihnen verstehen sich sogar als Wissenschaftler. Rationaler Diskurs [Diskurs = a) methodisch aufgebaute Abhandlung über ein bestimmtes [wissenschaftliches] Thema b) Gedankenaustausch, Unterhaltung c) heftiger Wortstreit, Wortwechsel] und Analyse [Auflösung] sind ihnen nicht fremd, und an wolkigen Weltanschauungen haben sie im allgemeinen kein Interesse. Es gibt heute in der Bundesrepublik Polizisten, die ein vergleichbares Studium ideologischer Systeme betreiben, ähnlich wie ein Botaniker Pflanzen klassifiziert. Ein wahrer Profi dieser Sorte wird versuchen möglichst vorurteilslos vorzugehen; er ist sogar zur Zusammenarbeit mit Kommunisten bereit, wenn er sich davon einen Nutzen verspricht. Seine einzige Obsession [Obsession a) das Besetztsein (Psycholo.) b) Zwangsvorstellung] ist die Sicherheit; er versteht darunter sein Bedürfnis, dafür zu sorgen, daß alles, was funktioniert, weiter funktioniere. Das ist natürlich ein ehrgeiziges Ziel. Um es zu erreichen, muß der Experte alle denkbaren Störungen vorhersehen und eliminieren, ganz egal, woher sie rühren und was ihre Motivation sein mag.

Er hegt keinen besonderen Haß gegen Intellektuelle, schon weil er sich selber zu ihnen zählt, er sieht hier sogar ein vielversprechendes Rekrutierungsfeld. Die Vergangenheit interessiert ihn kaum; er hält sich für zukunftsorientiert. Seine politische Heimat ist gewöhnlich die Sozialdemokratie, gelegentlich auch die liberale Partei. Ein hervorragender Vertreter dieses Typus ist Dr. Herold, der Präsident des westdeutschen Bundeskriminalamtes.

Seine Macht ist nicht aus dem Gewehrlauf, sondern aus der Software seines Computers gewachsen. Von seinem Wiesbadener 40-Millionen-DM-Hauptquartier aus gebietet er über das modernste polizeiliche Datenverarbeitungssystem der Welt. Von diesem »Lagezentrum« aus erreicht er, bei kürzesten »Zugriffszeiten«, die Rechner der Landeskriminalämter, des Zolls, des Grenzschutzes, der Justiz- und der Strafvollzugsbehörden, das Bundeszentralregister, das Dokumentationssystem JURIS, die Computer der Staatsanwaltschaften und das Datennetz der Interpol; außerdem sind ihm auf dem Wege der »Amtshilfe« (was in Deutschland heißt: des gesetzlich im einzelnen nicht geregelten, kurgeschlossenen Austausch zwischen Behörden mit verschiedenen Kompetenzen) die Datenbanken der Kraftfahrzeugämter, des Ausländerzentralregisters, der kommunalen Einwohner-, Steuer-, Sozial-, Gesundheitsämter, der Baubehörden, der Bibliotheken, der

Bundesversicherungsanstalt, des Militärischen Abschirmdienstes, des Bundesnachrichtendienstes und des Bundesamtes für Verfassungsschutz zugänglich. Ich bitte um Entschuldigung für diesen langen Satz.

Seine Syntax [Syntax a) Zusammenordnung b) Wortfügung c) Satzgefüge d) Satzlehre] bildet nur das Dickicht unserer Bürokratien ab. Im übrigen reicht die polizeiliche Datenverarbeitung weit in die angeblich »privaten« Bereiche; informell werden nämlich die Buchungssysteme von Hotel, Autovermietern, Luftfahrtgesellschaften, Reisebüros, Wohnungsmaklern, Pfandleihanstalten und Kreditschutzauskunfteien angezapft.

Alle diese Überwachungsspeicher werden nach dem Grundgesetz betrieben; soviel wie möglich erfassen, nie etwas löschen. Die Datenschutzgesetze, die in den letzten Jahren verkündet worden sind, erlauben durch großzügige Ausnahmen, was sie durch Regeln einzuschränken vorgeben; sie sind Schaufensterdekoration. In welchen Dimensionen hier gearbeitet und geplant wird, zeigt die Tatsache, daß ein Teilsystem, das INPOL heißt, für sich allein über ein 60.000 km langes Leitungsnetz täglich etwa zwei Millionen Transaktionen durchführt. Es ist sicher, daß die Bevölkerung Westdeutschlands heute einem Grad von Überwachung unterliegt, der historisch präzedenzlos [Präzedenz = a) Rangfolge b) Vortritt bei Prozessionen. Präzedenzfall = a) Musterfall b) zukünftige, ähnlich gelagerte Situationen c) richtungsweisend] ist, die Gestapo konnte von technischen Mitteln dieser Reichweite nur träumen.

In absehbarer Zeit werden Dr. Herold und seine Kollegen wahrscheinlich in der Lage sein, jede unserer Bewegungen auf ihren Monitoren zu verfolgen, sofern sie Lust dazu haben. Wenn sie auf einem westdeutschen Flughafen ihren Paß vorzeigen, wird er auf ein Glasplatte gelegt. Der Video-Terminal, der ihn abtastet, steht mit einem zentralen Computer in Verbindung. Aber auch wenn Sie in einem Hotel übernachten, ein Buch ausleihen oder ihren Zahnarzt aufsuchen, hinterlassen Sie eine bleibende Spur.

Einen interessanten Gegensatz zu Dr. Herolds bombensicherer Betonburg in Wiesbaden stellt eine andere westdeutsche Institution dar, die Zentralstelle zur Verfolgung von Naziverbrechen in Ludwigsburg. Ich hatte einmal Gelegenheit, mir das Register anzusehen, das dort geführt wird. Von Orwellscher Perfektion keine Spur. Die Namenskartei besteht aus nahezu hunderttausend handschriftlich vollgekrakelten Blättern. An die Anschaffung eines Computers ist nicht zu denken; ein paar schlechtbezahlte Büroangestellte machen die ganze Arbeit.

Dr. Herold und die Seinen interessieren sich nun einmal mehr für die Zukunft als für die Vergangenheit. Ihr Ehrgeiz zielt weit über die bloße Repression hinaus auf eine präventive Planung einer kybernetisch gesteuerten, störungsfreien Gesellschaft. Dabei fällt der Polizei aufgrund ihres »Erkenntnisprivilegs« die Rolle eines zentralen Forschungs- und Entwicklungsapparates zu, der als Early Warning System

[Suchmaschine übersetzt: Frühwarnsystem] fungiert, Fehlentwicklungen und Risiken entdeckt und politische Strategien entwirft.

Der Polizist sieht sich als Grundlagenforscher und Sozialwissenschaftler, der an Hand von empirisch gewonnenen Daten am mathematischen Simulationsmodell den gesellschaftlichen Gesamtprozeß antizipatorisch »durchspielt« und Gefährdungen der »Sicherheit« aufspürt und eliminiert, [eliminiert: a) aus einem größeren Komplex herauslösen, u. so beseitigen, unwirksam werden lassen, b) etwas aus einem größeren Komplex lösen, um es isoliert zu behandeln] bevor sie massenhaft auftreten können.

Dabei ist die Kriminalität nicht mehr sein Hauptgegner; er begreift sie vielmehr als unentbehrlichen Trend-Indikator, [Trend: a) Grundrichtung einer [statistisch erfassbaren] Entwicklung; b) Entwicklungstendenz] [Indikator: a) Umstand od. Merkmal das als [beweiskräftiges] Anzeichen od. als Hinweis auf etwas anderes dient, b) Liste der ausleihbaren Bücher einer Bibliothek] dessen Signale es »auszuwerten« gilt.

An diesem Projekt finde ich nichts, was spezifisch deutsch wäre. Analoge Methoden sozialer Kontrolle entwickeln sich in so gut wie allen avancierten Ländern des Westens, beispielsweise in Schweden oder Großbritannien, wo ein Untersuchungsausschuß unter der Leitung von Sir Norman Lindop erst kürzlich einen Bericht vorgelegt hat, der sich bis ins einzelne mit meiner Darstellung deckt.

Das gleiche gilt für die Vereinigten Staaten, nur mit dem Unterschied, daß dort das Alltagsleben weniger hochgradig verstaatlicht ist; infolgedessen entfalten sich dort wichtige Überwachungsnetze, die von privaten Interessenten kontrolliert werden; dabei fällt dem Kreditwesen eine Schlüsselrolle zu.

Der eigentümlich deutsche Beigeschmack, die durchdringend nationale Duftnote, welche die repressiven Maßnahmen in der Bundesrepublik auszeichnet — denken Sie nur an die Praxis der Berufsverbote oder an die allgemeine Terrorismus-Hysterie —, erklären sich, glaube ich, aus der Überlagerung alter und neuer Methoden. Diese Interferenz [Interferenz: a) Überlagerung, b) Überschneidung] führt wohl kaum zu einer (im Sinne der Ordnungshüter) glücklichen Ergänzung; sie bringt vor allem Pannen und Widersprüche mit sich. Außerdem verwirrt sie die radikal-demokratische Opposition, deren Rhetorik an die eigene und an die Tradition ihrer Gegner fixiert ist. Die Linke hält eben mehr vom Bullen alter Schule, wie er von Heine und Tucholsky immer wieder beschrieben worden ist, als von Dr. Herold und seinen Kollegen im In- und Ausland.

Der gute alte Polizist mit seinem Knüppel, seinem Tschako und seinem Rechtsdrall ist leichter zu begreifen und mit einfacheren Mitteln zu bekämpfen als seine historischen Nachfolger. Was an den Technokraten der Repression stört, ist zunächst einmal ihre Lernfähigkeit, ihre Flexibilität. Ein gelegentlicher taktischer Rückzieher macht ihnen gar

nichts aus; als sich beispielsweise zeigte, daß die sogenannten Radikalenerlasse politisch mehr kosteten, als sie einbrachten, wurden einige kosmetische Korrekturen angebracht; auch die Kontrolle der Reiselektüre an den Grenzübergängen scheint sich nicht recht bewährt zu haben.

Der traditionelle deutsche Polizeichef, geplagt von seiner eigenen Arroganz und Rachsucht und besessen von der Furcht, Gesicht zu verlieren, hätte derartige Lernprozesse inbrünstig blockiert. Dr. Herold und die Seinen sind über solche Regungen des Trotzes erhaben. Ich kann mir ihr zufriedenes Lächeln an dem Tag vorstellen, an dem die Überprüfung von Bewerbern für den Öffentlichen Dienst eingestellt wird (falls wir diesen Tag je erleben sollten); denn natürlich ist es ihnen im Grunde nie um die paar Tausend biederer DKP-Genossen gegangen, die in diesen Verfahren abgelehnt wurden, sondern um die Dossiers von Millionen und Abermillionen von Überprüften, die seither in den Magnetspeichern der Behörden ruhen.

Aber es gibt noch einen anderen, wesentlich fundamentaleren Grund, weshalb gegen das fortschrittliche System der sozialen Kontrolle schwerer anzukommen ist als gegen seine Vorgänger. Es erfreut sich nämlich der passiven, ja zum Teil sogar der aktiven Unterstützung seiner massiven Mehrheit unserer Bevölkerung.

Diese Massenbasis beruht ganz einfach auf dem enormen Erfolg der Bundesrepublik, einem Erfolg, den die Linke von Anfang an geleugnet oder vielleicht nicht einmal wahrgenommen hat, obwohl sie ihn, wie alle anderen, am eigenen Leib erfuhr. Er hat alle Westdeutschen, auch die Armen, zu seinen Teilhabern und Komplizen gemacht, ungeachtet der Katastrophen, Krisen und Beschädigungen, mit denen er unlösbar verschränkt ist.

Niemand kann sich diesem Erfolg, der vor allem, aber nicht ausschließlich ökonomischer Natur ist, entziehen. In der Bundesrepublik legitimiert sich die Macht nicht durch irgendwelche »Werte«, sondern im Funktionieren des Alltags und in der Organisation des Überlebens.

Dementsprechend nehmen Repressionen und Kontrolle ganz neue Züge an. Sie brauchen nicht mehr (oder nicht mehr ausschließlich) an das Unbewußte, an Ressentiment, Rassenhaß oder Chauvinismus zu appellieren, um die Wut der Unterdrückten durch Projektionen abzulenken; sie verweisen stattdessen jeden auf sein Eigeninteresse, das kurzfristig sein mag, aber immerhin realitätsgerecht ist. Wahnvorstellungen, wie sie für die deutsche Politik traditioneller unentbehrlich waren, wie der Antisemitismus oder das nationale Sendungsbewußtsein, treten zurück und machen egoistischen Kalkülen Platz.

Jeder, der in ein Flugzeug steigt, hat ein unmittelbares Interesse daran, daß die Maschine nicht entführt wird oder explodiert; er wird deshalb die Sicherheitskontrollen akzeptieren, ja sogar begrüßen. Die Gurus der

fortschrittlichen Polizei verallgemeinern dieses Modell. An der Mobilisierung enthusiastischer Massen, an fanatischen Anhängern, wie sie der Faschismus brauchte, liegt ihnen wenig; sie fordern uns lediglich auf, »vernünftig« zu sein.

Die Zivilisation, von der unser Überleben abhängt, sagen sie, ist äußerst kompliziert und leicht verwundbar. Ihr Erfolg wird mit täglich zunehmenden Risiken erkaufte: mit Verbrechen, Verknappungskrisen, Sabotage, wilden Streiks, psychischen Störungen, Umweltverschmutzung, radioaktiver Verseuchung, Rauschgiftsucht, ökonomische Krisen, Terrorismus und so weiter und so fort. Wir denken gar nicht daran, das zu bestreiten. Im Gegenteil, wir machen sie darauf aufmerksam. Wir bitten um ihr Verständnis. Dafür versprechen wir Ihnen, diese Gefahren aus dem Weg zu räumen, soweit es in unseren Kräften steht; wir bieten Ihnen ein Maximum an Sicherheit an.

Wenn sie nicht in die Luft fliegen wollen, müssen sie unser System der Kontrolle in Kauf nehmen. Eine große Mehrheit aller Bürger ist dazu in Westdeutschland bereit, jedenfalls solange sie selber nicht direkt und physisch von den Maßnahmen der Polizei betroffen wird. Der Verlust einer sakrosankten [sakrosankten: a) unantastbar b) hochheilig c) unverletzlich] Privatsphäre wird hingenommen, und die Überwachungsbehörden können, ohne auf massenhaften Widerstand zu stoßen, Daten-Duplikate einer Bevölkerung anfertigen und speichern, die »schließlich nichts zu verbergen hat«.

Die klassische Form der Repression hat sich einer so breiten Zustimmung nie erfreuen können. Eine Polizeigewalt, die sich unverhüllt und brutal auf der Straße zeigt, wirkt immer polarisierend, sie bringt Millionen von Menschen gegen sich auf und erzeugt tiefgreifende, dauerhafte Konflikte. Ihre Logik ist die des latenten Bürgerkriegs.

Die neuen, »wissenschaftlichen« Methoden der sozialen Kontrolle zielen dagegen auf Integration; sie sind zu klinisch, zu unblutig, um starke massenhafte Gefühle wie Haß und Solidarität zu wecken. Die Megabits von Information, die stündlich in einen zentralen Computer fließen, unmerklich und lautlos, provozieren keine Tumulte; sie sorgen schließlich dafür, daß die Rente pünktlich angewiesen wird und daß man das Geld, das man für seine Schlaftabletten ausgibt, von der Gesundheitsbürokratie wieder erstattet kriegt.

Mit den bürgerlichen Freiheiten, die der bürgerliche Rechtsstaat einst versprach, kann es in einem derart organisierten Gemeinwesen nicht weit her sein. Was uns geblieben von ihnen geblieben ist, können wir nicht hoch genug schätzen und nicht zäh genug verteidigen; denn dieser Rest ist beträchtlich.

Er macht die Bundesrepublik bewohnbar. Überhaupt habe ich keine Lust, den Zustand meines Landes schwarz zu malen. Das ist nicht nur überflüssig, es wäre auch verkehrt. So tiefe Gefühle wie Verzweiflung

oder Hoffnung wären, wenn sie mich fragen, an Erscheinungen wie Dr. Herold verschwendet.

Wer sein Projekt verstehen und die Chancen, die es hat, einschätzen möchte, wird auf eine Fähigkeit zurückgreifen müssen, die vielen meiner Freunde auf der Linken begreiflicherweise abhanden gekommen ist: er braucht dazu einen rücksichtslosen Humor. Wenn man bedenkt, daß die alte und ehrwürdige europäische Tradition des utopischen Denkens ist unseren Tagen so gut wie völlig abgestorben ist, und daß es keiner unserer Philosophen mehr wagt, ein gesellschaftliches Zukunftsprojekt zu entwerfen und vorzuschlagen, dann mutet es wie ein blutiger Treppenwitz an, daß es die Polizisten sind, die als letzte an einem Großen Entwurf basteln.

Sie wollen uns ein Neues Atlantis der allgemeinen Inneren Sicherheit beschere, einen sozialdemokratischen Sonnenstaat, eine Insel Felsenburg für Sozialautomaten, gelenkt und gesteuert von den allwissenden und aufgeklärten Hohepriestern des Orakels von Wiesbaden.

Diese Vorstellung ist nicht nur makaber, sondern auch lächerlich. Wie vor ihm andere und rühmlichere Menschheitsträume wird Dr. Herolds Utopie der Repression ein klägliches Ende nehmen. Wahrscheinlich wird es nicht der organisierte Protest sein, der seine Festung schleift, sondern eine mächtigere Kraft, die Erosion, mit ihren vier langsamen, unwiderstehlichen Reitern, die da heißen Gelächter, Schlamperei, Zufall und Entropie.

Hans Magnus Enzensberger